

Redebeitrag Kundgebung 6.6.20

Wir von Lea-watch und Aktion Bleiberecht Freiburg setzen uns für Grund- und Menschenrechte ein und möchten heute erneut unsere Solidarität mit allen Bewohner*innen der Landeserstaufnahmestellen zum Ausdruck bringen. Solidarische Grüße gehen nach Ellwangen, Sigmaringen, Heidelberg, Karlsruhe, Tübingen und Freiburg. In Zeiten der Corona-Pandemie sind viele Menschen in herausfordernden Situationen. Doch für die Menschen, die Unterkünften für Geflüchtete leben müssen, sind die Schwierigkeiten und Herausforderungen der Pandemie besonders groß.

Viele der Bewohner*innen haben lange und gefährliche Wege zurückgelegt, in der Hoffnung Verfolgung, Gewalt und Krieg zu entkommen. Ein Ankommen in einem Land, das Sicherheit und eine Perspektive verspricht, ist für alle essenziell. Für die Umsetzung von Rechten und Sicherheit für Geflüchtete treten wir ein! Dafür kämpfen wir! Deswegen wollen wir Aufmerksamkeit schaffen auf die prekäre Situation von Menschen, die in den Landeserstaufnahmerichtungen leben müssen und die nicht nur aktuell alles andere als sicher und gerecht ist.

Die Lebensbedingungen in der LEA Freiburg, und dies gilt ausnahmslos für alle Erstaufnahmeeinrichtungen, AnkER-Zentren und Zentralen Aufnahmestellen, sind eine reine Zumutung und verlangen den Bewohner*innen, ein schier unmögliches Maß an Kraft, Geduld und Ausdauer ab. Das Leben und die Grundrechte der Menschen werden klein gehalten. Nicht mal eigenständiges Kochen ist möglich. Bis zu 18 Monate müssen Personen unter minimalistischen Bedingungen mit Hunderten anderen in diesen Großeinrichtungen leben. Essensverpflegung zu vorgeschriebenen Zeiten in einer Versorgungshalle, Unterbringung in Mehrbettzimmern, Ein- und Ausgangskontrolle, Besuchsverbot, Zimmerkontrollen, Residenzpflicht und weiteres mehr bestimmen den Tagesablauf. Das alles geschieht auf engstem Raum. Es gibt keine Rückzugsräume, keine Privatsphäre. Was unter „normalen“ Umständen eine psychische Dauerbelastung bedeutet, verwandelt sich durch die Infektionskrankheit Covid-19 in eine lebensbedrohliche Situation.

Dazu kommen noch zahlreiche Verbote und polizeiliche Abschiebungen meist in den frühen Morgenstunden. In Anbetracht dessen ist es nicht verwunderlich, dass es immer wieder vorkommt, dass eine „freiwillige Ausreise“ als Ausweg aus der LEA gewählt wird. Dass dies politisch auch gewollt ist, liegt auf der Hand: „Es geht hier um Abschreckung“, sagte Werner Schiffauer, Vorsitzender des Rats für Migration 2018.

Die Corona-Krise hat in den letzten Monaten die üblen Zustände in den Lagern zwar dramatisiert, aber keinesfalls hervorgerufen. Auch vor Corona war das Lager ein menschenfeindlicher Ort – verursacht und getragen von Rassismus, Nationalismus und der kapitalistischen Logik, das westliche Zentrum, und allem voran Deutschland, vor der abgehängten restlichen Welt um jeden Preis abzuschotten.

Vom 17. bis 19. Juni findet in Erfurt die Bundesinnenministerkonferenz statt, wo unter anderem die Wiederaufnahme von Abschiebungen nach Syrien diskutiert wird. Am 1. Juli übernimmt Deutschland den Ratsvorsitz der Europäischen Union und will eine Reform des EU-Asylsystems vorantreiben, was eine massive Verschärfung der bisherigen Ausgrenzung und Abschottung bis hin zur Errichtung von Transitzonen an den EU-Außengrenzen bedeuten würde. Und bis zum 30. Juni muss das Innenministerium Baden-Württemberg einen Bericht zur Rentabilität der Landeslager abgeben, der höchst wahrscheinlich eine verstärkte Ökonomisierung und Zentralisierung der Aufnahme zur Folge haben wird.

Anlässlich dieser geplanten Ausweitungen der Missstände rufen wir nicht nur heute sondern auch für Samstag den 20. Juni 2020 zum Protest gegen die Landeserstaufnahme Freiburg und gegen jegliche Form der Unterbringung von Menschen in Lagern und gegen die repressive und abschottende Außenpolitik Deutschlands und der EU auf! Wir versammeln uns am 20. Juni um ... Uhr auf dem Platz der alten Synagoge, um gemeinsam für die Rechte und die Sicherheit von Geflüchteten zu demonstrieren.

Denn Ausgrenzung, Diskriminierung, Abbau der Flüchtlingsrechte sind der falsche Weg! Unsere Solidarität gilt den geflüchteten Menschen!